



Die Bürgervereinigung Wolfratshausen nimmt Stellung zu den Äußerungen der SPD im SPD-Blatt „Ortsgespräche“ vom 23.12.2011 und hat nicht die Absicht, die Arbeit der SPD zu diskreditieren, sondern nur einige, wesentliche Dinge richtig zu stellen.

Dieses SPD-Blatt ist in den Aussagen ihrer Stadträte und einiger Mitglieder sehr populistisch und verdreht oder vergisst einige wesentliche Tatsachen. Es kann größtenteils nur als Pamphlet verstanden werden, mit dem Ziel der Herabsetzung von Personen oder Gruppen.

Bei einigen Artikeln fehlt die Angabe des Verfassers. Dies erscheint uns sehr ungewöhnlich und vermittelt den Eindruck, dass der Verfasser nicht genannt sein möchte.

Speziell im ersten Artikel – einem Interview – fehlt der Name derjenigen Person, die die Fragen stellt. Offenbar hat sich die SPD selbst gefragt und auch darauf geantwortet – eine journalistische „Meisterleistung“.

Herr Wittstadt fordert z.B. mehr Sachlichkeit im Stadtrat. Offenbar ist es ihm nicht möglich, die Situation im Stadtrat seit 01.05.2008 richtig einzuordnen, da seit diesem Zeitpunkt (Übernahme Bürgermeisteramt durch Herrn Helmut Forster von der BVW) allgemein bestätigt wird, dass das katastrophale Klima der vorherigen Legislaturperiode sich grundlegend geändert hat und der Stadtrat nun deutlich sachlicher über Themen diskutiert und respektvoller miteinander umgeht.

Wenn Herr Schnaller dann bemerkt, dass der ehemalige Bürgermeister Reiner Berchtold eine vertrauensvolle interkommunale Beziehung zur Stadt Geretsried aufgebaut hat, die für den derzeitigen Bürgermeister Helmut Forster die Messlatte für eine vernünftige interkommunale Zusammenarbeit der beiden Städte sein sollte, dann übersieht Herr Schnaller, - vielleicht auch ganz bewusst, - dass die Zusammenarbeit der beiden Städte in vielen Bereichen der Verwaltung sehr gut funktioniert.

Eine gute Zusammenarbeit zwischen den beiden Städten gab es auch in der Diskussion um die Verlängerung der S 7 von Wolfratshausen nach Geretsried. Eine gemeinsame Resolution aller 21 Landkreisgemeinden und des Landrates über die Verlängerung der S-Bahn mit der Tieferlegung der

S-Bahn unter die Sauerlacher Straße wurde unterzeichnet und dem Wirtschaftsministerium übergeben.

Als sich dann die Planer der DB für die kostengünstigere Schrankenlösung an der Sauerlacher Straße entschieden (mit Hilfe eine entsprechenden Nutzen-Kosten-Untersuchung), wurde diese gemeinsame Resolution sehr schnell verlassen und die allseits bekannten Probleme der Stadt Wolfratshausen wurden sehr schnell vom Tisch gewischt.

Wenn nun Frau Beyer sagt, dass die SPD im Interesse der gesamten Region für eine Verlängerung der S-Bahn auch mit Schranke votiert, dann verkennt sie offensichtlich die Interessen der Wolfratshausener Bürgerinnen und Bürger, die sich mit großer Mehrheit (ca. 6.100 Wähler = ca. 81 % der abgegebenen Stimmen) im Bürgerentscheid im Juli 2010 gegen die Schrankenlösung aussprachen.

Dies legt zumindest in diesem Fall die Vermutung nahe, dass die Interessen der Wolfratshausener von der SPD nicht ganz so wichtig genommen werden wie die Interessen Anderer. Dabei stellt sich natürlich auch noch die Frage, welche Vorteile unsere östlichen, nördlichen und westlichen Nachbarn durch die Verlängerung der S-Bahn nach Geretsried haben.

Auch die Forderung nach vermehrten Anstrengungen im Bereich des Klimaschutzes und der Energiewende geht vollkommen ins Leere.

Die Stadt Wolfratshausen ist im Bereich der energetischen Sanierung der im Eigentum der Stadt stehenden Gebäude wesentlich weiter, als viele andere Kommunen. Auch haben wir dem Gedanken der Energiewende in vielerlei Form aktiv Rechnung getragen. So haben wir unseren Fuhrpark drastisch verkleinert und sind aktives Mitglied im Car-sharing, benutzen Elektroautos, haben 2 Elektrotankstellen und haben auf den Dächern bei den Stadtwerken, der Schule Waldram und der Schule Hammerschmiedweg Photovoltaikanlagen installiert. Das Thema Nutzung der Wasserkraft wird derzeit erstmalig durch die Stadtwerke untersucht, was den in der Sitzung der Stadtwerke anwesenden Stadträten bekannt ist. Darunter waren auch die zwei Stadträte der SPD, Herr Berchtold und Herr Schnaller

Die Forderungen von Herrn Stadtrat Schnaller sind deshalb längst überholt und nur noch populistischer Natur.

Die Behauptungen von Herrn Berchtold und Frau Beyer, der Bürgermeister Helmut Forster und die BVW lassen sich immer mehr vor den Karren der CSU spannen, ist reine Polemik und entbehrt jeder Grundlage.

Es ist doch die SPD, die durch ihr teilweise unverständliches Verhalten in manchen Bereichen eine sachliche Diskussion erschwert.

In diesem Zusammenhang kann darauf verwiesen werden, dass bei den weitreichenden Abstimmungen im Stadtrat z.B. bezüglich der Erstellung des Obdachlosenhauses in der Münchner Straße und der Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes eine gemeinsame Abstimmung der BVW, der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der CSU erfolgte. Die Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes erfolgte erst, nachdem der Bürgermeister Forster mit den größten Gewerbesteuerzahlern darüber gesprochen hatte und diese eine Erhöhung auch akzeptierten. Die BVW musste nicht von einer Anhebung der Gewerbesteuer überzeugt werden, da sie eine Anhebung nur während der Wirtschaftskrise für falsch hielt.

Der Großteil der übrigen Tagesordnungspunkte wurde – wie Frau Beyer schon richtig feststellte - im Gremium meistens einstimmig gefasst. Auch das Klima im Stadtrat hat sich seit 2008 nach Meinung von Frau Beyer deutlich versachlicht und man geht respektvoll miteinander um, was der Aussage von Herrn Berchtold ebenfalls widerspricht.

Frau Beyer und Herr Wittstatt monieren den geplanten Bau einer Fußgänger- und Radfahrerbrücke über die Loisach (an der Geltinger Straße), um die Altstadt und das Gewerbegebiet am Hans-Urmiller-Ring sicherer und schneller zu verbinden. Auch das Radwegenetz wird durch diese Brücke deutlich verbessert und es gibt dadurch auch einen verkehrstechnisch sicheren Fuß- und Radweg in die Innenstadt und die Schulen.

„Die SPD wäre ja grundsätzlich nicht gegen den Bau dieser Brücke, halte den Zeitpunkt aber nicht für richtig, da wir wichtigere Dinge zu erledigen hätten und der Schuldenstand der Stadt dies derzeit auch nicht zulasse.“

Gleichzeitig verlangt Frau Beyer aber nach einem Gehweg in der Geltinger Straße, da diese für Fußgänger und Radfahrer zu gefährlich wäre.

Diese Aussagen erscheinen zumindest sehr fragwürdig, da der Stadtratsbeschluss für den Bau dieser Brücke bereits vor ca. 6 Jahren gefasst wurde und der ehemalige Bürgermeister Berchtold in seiner 10-jährigen Amtszeit genug Zeit gehabt hätte, einen Gehweg an der Geltinger Straße zu realisieren, wenn es dort nach seiner Überzeugung wirklich so wichtig gewesen wäre.

Allerdings wären dort Grundstücksverhandlungen zu führen, die nach Aussage von Herrn Berchtold sicher nicht einfach abgelaufen wären.

Sehr intensive Grundstücksverhandlungen waren auch für die Brücke erforderlich, die Bürgermeister Forster mit den Eigentümern führte und positiv abschließen konnte.

Wenn Herr Gärtner betont, dass das Verhalten des Bürgermeisters Forster bei der Abstimmung für eine evtl. Beteiligung der Stadt Wolfratshausen an den Kosten für den Neubau eines Hallenbades in Geretsried oder Ascholding beschämend gewesen sei, weil er Argumente gegen eine Beteiligung vorbrachte und dabei auch noch mit den Schulrektoren darüber sprach, die seine Argumente unterstützten, dann empfinden wir diese Äußerungen von Herrn Gärtner nicht nur als absolut unsachlich und realitätsfremd, sondern darüber hinaus geradezu als böseartig.

Es ist doch wohl selbstverständlich und nicht beschämend, dass im Vorfeld dieser Diskussion der Bürgermeister mit den zuständigen Schulrektoren über einen entsprechenden Bedarf und die Möglichkeiten der Schulnutzung eines großen Hallenbades in Geretsried spricht.

Bei der Diskussion im Stadtrat wurden dann auch Beträge genannt, was Herr Berchtold offenbar nicht realisierte. Es gab eine Grobkostenschätzung für das geplante Großbad, die von rd. € 10 Millionen ausging (Kostendeckelung durch den Stadtrat von Geretsried für das ursprünglich geplante Bad ohne Nachbargemeinden € 6 Mio.) und eine Aussage von Herrn Landrat Niedermeier in der Vorstellung der geplanten Vorhaben in der Loisachhalle - vor allen beteiligten Gemeinden - , in der die Kostenbeteiligung der Stadt Wolfratshausen auf mindestens 40 % der Mehrkosten geschätzt wurde.

Nach den Beschlüssen unseres Stadtrates im Februar 2011, bzw. April 2011 haben wir uns auferlegt, in den nächsten Jahren keine neuen Schulden zu machen, sondern unsere Verschuldung zurückzuführen.

Trotz der sehr intensiven Diskussion gab es dann einen einstimmigen Beschluss – also auch mit den Stimmen der SPD - , sich nicht an den Kosten für einen Neubau eines Hallenbades zu beteiligen. Ein bisschen pikant erscheint dabei allerdings, dass 2 SPD Stadträte nicht an der Abstimmung teilnahmen, weil sie vor der Abstimmung den Sitzungssaal kurzzeitig verlassen hatten. Aber offenbar kann sich die SPD daran nicht mehr erinnern.

Damit wollen wir die Stellungnahme nun beenden, die doch sehr umfangreich wurde, dabei aber nur die wichtigsten Themenbereiche richtig stellen konnte.

Wir sind jederzeit – nach wie vor – bereit, mit allen Fraktionen gleichermaßen fair und offen zu kommunizieren, ausschließlich im Interesse unserer gesamten Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger, denn dafür tragen wir Verantwortung.